

EUROPA IST UNSERE ZUKUNFT

Die Europäische Union ist das großartigste Friedens- und Wohlstandsprojekt in der Geschichte unseres Kontinents. Doch nie war ihre Akzeptanz niedriger als heute. Geschaffen für die großen Fragen, verheddert sich die Europäische Union zu oft im Klein-Klein durchgreifender Regulierungen von Produkten oder Ähnlichem. Das spürt jeder Mensch im Alltag und fragt sich dabei, warum die Europäische Union sich um diese Kleinigkeiten kümmert, aber bei großen Fragen wie beispielsweise bei der Flüchtlingskrise oder bei der Eurostabilisierung kein gutes Bild abgibt. Deshalb wollen wir einen europäischen Erneuerungsimpuls, damit sich Europa auf die großen Dinge konzentriert, statt sich in tausend Details zu verstricken. Wir wollen Europas Schwäche beheben, damit sich Europas ganze Stärke entfaltet.

WAS SIND DIE FAKTEN?

- Um die Regelungswut der Europäischen Union ranken sich viele Mythen. Auch wenn viele besonders aufsehenerregende Kuriositäten der Europäischen Union zu Unrecht angelastet werden. Beispielsweise ging die berühmtberühmte Regelung der Gurkenkrümmung auf eine Initiative der Händler zurück, um Verpackungsmaterial zu sparen oder das Glühbirnenverbot auf eine Initiative des damaligen deutschen Umweltministers und heutigen Außenminister Sigmar Gabriel – bleibt trotzdem festzuhalten, dass die Europäische Union sich um viele Dinge kümmert, die bei den einzelnen Staaten besser aufgehoben wären. Das Subsidiaritätsgebot findet zu wenig Beachtung.
- Das Europäische Asylrecht ist nicht für die gegenwärtige Situation ausgerichtet. Laut Dublin-III-Vereinbarung müssen Asylanträge in dem Land gestellt und bearbeitet werden, in denen ein Asylsuchender die Europäische Union betritt. Das führt zu einer sehr ungleichen Belastung von Ländern wie Italien oder Griechenland im Vergleich zu nördlicheren Ländern in Europa. Im Fall einer Überlastung führt das gegenwärtige System zu schwer kontrollierbaren Situationen wie 2015 und 2016.
- Die Regeln der Europäischen Union verlieren an Bindungskraft, weil die Europäische Union sie zu oft selber nicht anwendet. Besonders im Fall der Finanzhilfen für überschuldete Mitgliedstaaten werden die eigenen Regeln zu häufig aus politischer Opportunität gebeugt.
- Die bisher bestehenden Kontroll- und Sanktionsmechanismen des Stabilitäts- und Wachstumspakts funktionieren nicht. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass EU-Mitglieder laufend gegen die Euro-Stabilitätskriterien verstoßen, ohne dass es zu finanziellen Sanktionen kommt.
- Die Europäische Zentralbank hält den Leitzins zu niedrig. Das ist zwar als Hilfe für überschuldete Staaten gedacht. Stattdessen nimmt der niedrige Zins von den betroffenen Ländern den Reformdruck das Schuldenmachen zu beenden, weil das Schuldenmachen durch den niedrigen Zins einfacher erscheint. Das führt in einen Teufelskreis, denn der Grund für die Niedrigzinspolitik liegt vor allem am niedrigen Wachstum in der EU, das auf die massive Reformabstänze in Europa zurückzuführen ist.

WAS FORDERN WIR FREIE DEMOKRATEN?

Reformen für eine bessere EU

Die EU ist an einigen Stellen zu träge und falsch ausgerichtet. Sie verstrickt sich unnötig in Details, anstatt die großen Aufgaben anzunehmen, die wir nur gemeinsam in Europa lösen können. Deshalb wollen wir institutionelle Reformen für mehr Transparenz und Effizienz in der EU. Das Europäische Parlament soll zu einem Vollparlament mit Initiativrecht aufgewertet werden, damit es selber gesetzgeberisch tätig werden kann statt nur darauf zu warten, dass die EU-Kommission etwas unternimmt. Ein Sitz in Brüssel ist dabei ausreichend. Das spart Zeit und Geld. Die EU-Kommission kann von 28 auf 16 Kommissare verkleinert werden. Hierbei sollten klare und einfach zurechenbare Ressorts vergeben werden, die den EU-Zuständigkeiten entsprechen. Ferner soll sich die Kommission nur um die Dinge kümmern, die besser auf europäischer Ebene geregelt werden und den Rest den nationalen Ebenen überlassen.

Fairer Schlüssel für die Verteilung von Flüchtlingen in Europa

Wir brauchen die Beteiligung aller EU-Mitgliedstaaten, um die

Flüchtlingskrise zu meistern. Einige Mitgliedstaaten verweigern aber nahezu jede Hilfe, während andere sich über die Maße engagieren. Das ist unfair. Deswegen fordern wir einen fairen Verteilungsschlüssel. Flüchtlinge mit Bleibeperspektive müssen nach verbindlichen Quoten verteilt werden. Länder, die sich dieser Art der Solidarität verweigern, sollen in einen Fonds einzahlen müssen. Der Fonds soll wiederum Aufnahme- und Grenzstaaten außerhalb der EU bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise finanziell unterstützen.

Effektiver Schutz der EU-Außengrenzen

Die EU braucht einen effektiven Schutz ihrer Außengrenzen. Nur so können wir wirksam kontrollieren, wer in die EU einreist und gleichzeitig die Grenzen zwischen den EU-Mitgliedstaaten offenhalten. Im Moment werden Mitgliedstaaten an den Außengrenzen aber weitgehend alleine gelassen. Das wollen wir ändern, indem die Grenzagentur FRONTEX von der jetzigen zwischenstaatlichen Struktur zu einem echten europäischen Grenzschutz mit eigener Handlungsbefugnis und Kontrolle durch das Europäische Parlament ausgebaut wird.

Euro nachhaltig stabilisieren

Auf dem Weg zu soliden Finanzen in ganz Europa liegt noch viel Arbeit vor uns. Deshalb wollen wir die Nichtbeistandsklausel stärken. Diese besagt, dass weder die Europäische Union noch einzelne Mitglieder für die Schulden eines anderen Mitgliedstaates haften müssen. Wir wollen auch, dass der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) nicht als ständiger Nothelfer

missbraucht wird. Im Gegenteil sollen ESM-Finanzhilfen nur strikt nach den dafür vorgesehenen Regeln vergeben werden. Zudem wollen wir eine Staateninsolvenzordnung für die Eurozone schaffen, damit ein Ausweg aus der bisher endlosen Rettungsroutine möglich wird. Denn die Währungsunion soll nicht zu einer dauerhaften Transferunion zu Lasten der europäischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler werden.

WAS WIRD DISKUTIERT?

Frage: Ist Deutschland als starkes Land ohne die Europäische Union nicht besser dran?

Antwort: Die Europäische Union ist heute für Deutschland wichtiger denn je. Unser Leben wäre ein völlig anderes ohne ein geeintes Europa. Die Pasta aus Italien, der Wein aus Frankreich oder das Bier aus Irland wären nicht so alltäglich wie sie es heute sind. Auch wirtschaftlich ist der europäische Binnenmarkt ein Glücksfall für die Exportnation Deutschland. Exporte sind die Grundlage unseres Wohlstands. 2016 war Deutschland sogar Exportweltmeister. Fast 60 Prozent dieser Exporte gingen in andere EU-Länder. Das wäre ohne europäischen Binnenmarkt nicht ansatzweise möglich. Doch auch politisch ist die Europäische Union – bei allen Fehlern, die es zu beseitigen gilt – ein Glücksfall. Denn in der Geschichte Europas herrschte noch nie so lange Frieden am Stück – jetzt bereits seit 70 Jahren. In einer Zeit, in der international die Unsicherheiten zunehmen, wäre die Stimme Deutschlands eine unter vielen. Die Stimme Europas hingegen hat politisch und wirtschaftlich Gewicht.

Frage: Hätte Deutschland ohne den Wegfall seiner Grenzen durch Europa auf die Flüchtlingskrise nicht viel besser reagieren können? Schließlich hätte es dann seine Grenzen einfach schließen können!?

Antwort: Eine Flüchtlingskrise wie die gegenwärtige würde jeden Nationalstaat alleine überfordern – auch Deutschland. Es ist utopisch anzunehmen, Staatsgrenzen würden sich in Gänze einfach lückenlos schließen lassen. Daher liegt die Chance zur Bewältigung dieser Situation nicht in der nationalen Abschottung, sondern in gemeinschaftlichem Handeln. Die Europäische Union hat die Kraft, diese Krise zu meistern. Dafür muss sie aber beginnen, das Problem gemeinschaftlich anzugehen. Deshalb wollen wir einen fairen Schlüssel für die Verteilung von Flüchtlingen und einen effektiven Schutz der europäischen Außengrenzen. Es kann nicht sein, dass einige Länder der Europäischen Union sich dem Problem verweigern und andere Länder wie Deutschland oder auch Italien damit alleine lassen.

Frage: Wäre es für Deutschland nicht besser zur D-Mark zurückzukehren?

Antwort: Die Teilung oder Auflösung der Eurozone wäre ein drastischer Vorgang mit unkalkulierbaren Risiken. Denn eine Auflösung der Eurozone hieße, dass die Länder der Eurozone zu eigenen Währungen zurückkehren würden. 19 fast gleichzeitige Währungsreformen wären ein gewaltiger und gefährlicher Kraftakt.

Ein Austritt Deutschlands aus dem Euro würde gerade unsere Wirtschaft treffen: Exportorientierte Unternehmen stünden vor der Herausforderung weiterer Handelsbarrieren, wie Zöllen oder höheren Transaktionskosten. Und sie müssten mit einer Aufwertung der "neuen" deutschen Währung kämpfen. Für die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands wären die Auswirkungen im alltäglichen Leben zu spüren, da Verbrauchsgüter wie importierte Lebensmittel deutlich teurer würden. Insgesamt würde Deutschlands Wohlstand darunter enorm leiden.

Frage: Hat die FDP nicht selber die Regeln bei Finanzhilfen für Griechenland gebrochen, die sie heute einzuhalten fordert?

Antwort: Die Grundlagen haben sich verändert. Dementsprechend muss der finanz- und wirtschaftspolitische Kurs angepasst werden. Denn die griechische Regierung, die Reformen umsetzen soll, die sie eigentlich ablehnt, trägt nicht zum Erreichen der Schuldentragfähigkeit bei. Wenn trotzdem ein weiterer Hilfskredit bewilligt wird, dann ist das nichts anderes als ein Geschenk an Athen und aus der Währungsunion würde eine Transferunion. Ehrlich wäre ein Schuldenschnitt für Athen außerhalb des Euro. Athen könnte innerhalb der EU bleiben und Strukturhilfen für wirkliche Reformen bekommen. Das würde Griechenland beim Aufbau einer selbsttragenden Wirtschaft helfen und gleichzeitig das Vertrauen in den Euro stärken.

Frage: Warum will die FDP die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei stoppen?

Antwort: Eine von Präsident Erdogan zunehmend autoritär regierte Türkei kann für uns Freie Demokraten kein Kandidat für eine Vollmitgliedschaft in der EU sein. Grundlage für die Mitgliedschaft in der EU sind und bleiben die Kopenhagener Kriterien. Insbesondere die darin geforderten Bedingungen für einen funktionierenden Rechtsstaat erfüllt die Türkei zurzeit eindeutig nicht.

DENKEN WIR NEU.